



DIMENSION PARLEMENTAIRE



ASSEMBLÉE
NATIONALE



SÉNAT

Rahmenentwurf

Sitzung 1

Vorstellung der Prioritäten der französischen Präsidentschaft

Mit dem Beitrag von Clément Beaune, Staatssekretär für europäische
Angelegenheiten beim Minister für Europa und Äußeres.

Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) der Vorsitzenden

Paris, 14. Januar 2022



Sitzung 1

Vorstellung der Prioritäten der französischen Präsidentschaft

Frankreich hat **vom 1. Januar bis 30. Juni 2022** den EU-Ratsvorsitz inne. Es handelt sich um die dreizehnte französische Präsidentschaft; die letzte fand vor dreizehn Jahren von Juni bis Dezember 2008 statt. Frankreich folgt auf Slowenien und initiiert eine neue Trio-Präsidentschaft mit der Tschechischen Republik und Schweden.

Das Motto der französischen Präsidentschaft lautet **„Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit“**. Ihre Prioritäten wurden vom französischen Staatspräsidenten auf einer Pressekonferenz am 9. Dezember 2021 vorgestellt, bei der er sein Ziel in einem Satz zusammenfasste: *„Wir müssen von einem Europa der Zusammenarbeit innerhalb unserer Grenzen zu einem mächtigen Europa in der Welt gelangen, das völlig souverän, frei in seinen Entscheidungen und Herr seines Schicksals ist“*.

Frankreich möchte die Umrisse des Europas von 2030 entwerfen; die Prioritäten, die es für seine Präsidentschaft festgelegt hat, gliedern sich in drei Achsen:

- 1) ein **souveräneres** Europa
- 2) ein neues Wachstumsmodell: ein **digitaleres, grüneres** und **sozialeres** Europa
- 3) ein **menschlicheres Europa, das den Erwartungen seiner Bürger gerecht wird**

Der Präsident der Republik wird diese Prioritäten am **19. Januar in Straßburg** beim Europäischen Parlament vorstellen und sich im Januar mit dem Ratspräsidenten und dem gesamten Kollegium der EU-Kommissare austauschen. Während im ganzen Land fast 400 Veranstaltungen stattfinden werden, hat sich Frankreich zu einer beispielhaften, CO₂-neutralen und umweltfreundlichen Präsidentschaft verpflichtet.

I. Ein souveräneres Europa

Im Anschluss an seine Sorbonne-Rede von 2017 schlug der Präsident der Republik eine **„Souveränitätsagenda“** vor, deren Ziel es ist, die Fähigkeit Europas, in der heutigen Welt zu bestehen, zu stärken und um seine Werte und Interessen in dieser Welt zu verteidigen.

A. Stärkung der EU-Außengrenzen

Frankreich möchte die **europäischen Außengrenzen besser schützen**: einerseits, um die Sicherheit der Europäer zu gewährleisten und andererseits, um die Migrationskrise zu bewältigen und Dramen und angespannte Situationen zu vermeiden.

Damit soll ein Missbrauch des Asylrechts verhindert und die Migration reguliert werden, während gleichzeitig die europäischen Werte verteidigt werden. Dieses Ziel soll durch zwei Initiativen erreicht werden:

1) *Reform des Schengen-Raums mit zwei Prioritäten:*

- a) **Einrichtung einer politischen Schengen-Steuerung** nach dem Vorbild der Eurozone mit regelmäßigen Treffen der zuständigen Minister;
- b) **Schaffung eines Mechanismus zur Soforthilfe an den Grenzen im Krisenfall**, der es einem Mitgliedstaat in Krisensituationen erlaubt, die schnelle Unterstützung durch Frontex und eine solidarische Verstärkung durch die anderen Mitgliedstaaten anzufordern.

2) *Fortschritte beim Entwurf des Europäischen Pakts zu Migration und Asyl*

Frankreich möchte, dass dieses Gesetzespaket über den bloßen Schutz der EU-Außengrenzen hinausgeht. Folgende Punkte gilt es hierfür umzusetzen:

- den Migrationsfluss dank der Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern besser zu steuern, um Menschenhandel zu bekämpfen;
- die Regeln im Bereich Asyl oder Begleitung von Flüchtlingen oder Migranten, die sich auf unserem Boden befinden, zu harmonisieren;
- die Verwaltung und Überwachung von Sekundärmigration zu harmonisieren und zu vereinfachen.

B. Definition einer europäischen strategischen Souveränität bei der Verteidigung

Vor dem Hintergrund der Initiativen, die in den letzten vier Jahren ergriffen wurden (Europäischer Verteidigungsfonds, Europäische Interventionsinitiative, strukturierte Zusammenarbeit und gemeinsame Programme), möchte die französische Ratspräsidentschaft in eine **operativere Phase** eintreten und gemeinsame Interessen und Strategien festlegen.

Der **Europäische Rat im März 2022** wird es ermöglichen, den unter deutscher Präsidentschaft eingeleiteten „**strategischen Kompass**“ zu verabschieden, d. h. ein europäisches Weißbuch zur Verteidigung und Sicherheit, das sowohl die gegenwärtigen Bedrohungen aufzeigt als auch die kollektiven Entscheidungen, Orientierungen und Ambitionen der Union festlegt.

Dieser Kompass soll mit einer gemeinschaftlichen Analyse der neuen Bedrohungen und Ambitionen im Bereich der Industrie und der Verteidigung die **europäische strategische Souveränität** bekräftigen und gleichzeitig Partnerschaften und die gemeinsame Organisation in den neuen Konfliktbereichen See, Weltraum und Cyber definieren. So werden die gemeinsamen Positionen für den NATO-Gipfel im Juni 2022 in Madrid festgelegt.

C. Förderung von Stabilität und Wohlstand der europäischen Nachbarn

Für zwei geografische Bereiche werden strukturierende Initiativen ergriffen:

1) **Afrika**

Am **17. und 18. Februar 2022** wird Frankreich gemeinsam mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, und der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ein Gipfeltreffen **abhalten, bei dem die Staats- und Regierungschefs der Länder der Europäischen Union und die der Afrikanischen Union aufeinandertreffen**. Ziel des Gipfels ist die völlige Neugestaltung der europäisch-afrikanischen Beziehungen und, im Anschluss an den Pariser Gipfel vom 18. Mai 2021 zur Finanzierung der afrikanischen Wirtschaft, die Umsetzung eines **neuen Wirtschafts- und Finanzdeals**.

Die französische Ratspräsidentschaft möchte die **Solidarität** mit den Afrikanern stärken, indem sie eine Agenda in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Klima erstellt und die Mechanismen für solidarische Investitionen in den afrikanischen Kontinent aktualisiert. Das andere Ziel betrifft die **Sicherheit**. Frankreich möchte sein Engagement europäisieren, um eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Afrika und Europa aufzubauen. Mit einer solchen Partnerschaft wäre es möglich, eine Agenda zur Organisation der gewünschten Zuwanderung festzulegen und den Kampf gegen Schlepper zu verstärken.

2) **Die westlichen Balkanstaaten**

Im Juni 2022 findet eine **Balkan-Konferenz** statt, um diesen Ländern im Herzen Europas wieder eine kurzfristige Perspektive zu geben und Reibungen abzubauen. Diese Konferenz wird versuchen, eine Politik des erneuten Engagements und der Investitionen für diese von neuen Spannungen geplagte Region zu etablieren und damit zum Frieden und zur Souveränität Europas beizutragen.

II. Ein neues europäisches Wachstumsmodell: ein digitaleres, grüneres und sozialeres Europa

Die französische Ratspräsidentschaft möchte ein neues europäisches Produktions- und Solidaritätsmodell hervorbringen, um das europäische Sozialmodell durch die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verteidigen und im Mittelpunkt der Klimaagenda zu stehen.

Am **10. und 11. März 2022** wird Frankreich einen **Gipfel der 27 Staats- und Regierungschefs zum Thema „Das neue europäische Wachstums- und Investitionsmodell“** organisieren, bei dem eine **Zehnjahresstrategie** entwickelt werden soll, die sich in konkreten Gesetzesinitiativen niederschlägt. Diese Strategie wird zusätzlich zu anderen wichtigen, von Frankreich verteidigten Themen (Union der öffentlichen Gesundheit, Kampf gegen Informationsmanipulation, Zukunft der Landwirtschaft und Verbot von Pestiziden, Problem der Gebiete in äußerster Randlage, verantwortungsvoller Kapitalismus, usw.) von **vier Säulen** getragen:

A. Starke Industriezweige mit einem europäischen Investitionsplan

Die französische Ratspräsidentschaft hat ein Ziel für die **Schaffung von Arbeitsplätzen** festgelegt und unterstützt den **Aufbau starker und integrierter Industriezweige** (Kultur, *Cloud*, Wasserstoff, Halbleiter), die von einem europäischen Investitionsplan und neuen Industrieallianzen begleitet werden.

Dieses Wachstums- und Investitionsmodell setzt **Finanz- und Haushaltsregeln** voraus, die an den digitalen und klimatischen Übergang angepasst sind, eine **strategische Diskussion über Investitionen** auf der richtigen Ebene sowie eine Erneuerung des **Haushaltsrahmens** angesichts des digitalen und klimatischen Übergangs.

B. Europa zu digitaler Macht verhelfen

Die französische Ratspräsidentschaft möchte einen **integrierten digitalen Markt** schaffen, der Talente und Finanzierungen anzieht. Sie möchte so ihre Politik zur Unterstützung des digitalen Sektors europäisieren, um durch die Unterstützung von Innovation und Wachstum der aufstrebenden Akteure in diesem Bereich weiterhin Tech-Giganten hervorzubringen. Diese Strategie beruht auf **europäischen Fonds zur Finanzierung der innovativsten Startups und digitalen Akteure** und wird

institutionelle Investoren nach dem Vorbild der auf französischer Ebene entwickelten Tibi-Fonds mobilisieren.

Um nicht das Gesetz der anderen Kräfte zu erleiden, wird die französische Ratspräsidentschaft die europäischen Bemühungen zur Festlegung von Regeln für die digitale Welt weiterführen. Bis zum Frühjahr wird der Ecofin-Rat die Texte prüfen, die die Vereinbarung der G20 über die **Besteuerung multinationaler Unternehmen und „Big Tech“** auf europäischer Ebene umsetzen.

Die französische Ratspräsidentschaft wird sich auch auf die **wirtschaftliche Regulierung und Verantwortlichkeit** der Internetplattformen konzentrieren. Diese Bestrebungen werden sich in der Diskussion im Europäischen Parlament über zwei Texte zeigen: der *Digital Markets Act* (DMA), der verhindern soll, dass die Tech-Giganten zu Monopolen werden, und der *Digital Services Act* (DSA), der eine Haftungsregelung für die großen Plattformen für die von ihnen verkauften Produkte und von ihnen verbreiteten Inhalte ermöglichen würde.

C. Wirtschaftliche Entwicklung und Klimaambitionen in Einklang bringen: auf dem Weg zu einem grüneren Europa

Im Anschluss an das von der Europäischen Kommission am 14. Juli 2021 vorgelegte Gesetzespaket, das bis 2050 Klimaneutralität und bis 2030 eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 55% anpeilt, möchte die französische Ratspräsidentschaft die Innovation von Lösungen zur CO₂-Reduzierung fördern, das Engagement für die CO₂-Neutralität vertiefen, die Handels- und Klimaagenda der Europäischen Union aufeinander abstimmen und dabei die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrien erhalten.

Priorität der Ratspräsidentschaft in diesem Bereich soll die **Schaffung eines CO₂-Grenzausgleichs-Mechanismus** oder „CO₂-Steuer“ auf importierte Produkte sein. Im Rahmen der Reform der Welthandelsorganisation wird sie sich auch für **Spiegelklauseln** und die Integration von Umwelt- und Sozialvorschriften in Handelsvereinbarungen einsetzen.

Zudem wird sie auch die Verhandlungen über ein **EU-Instrument zur Bekämpfung der importierten Entwaldung** vorantreiben, mit dem die Einfuhr von Soja, Rindfleisch, Palmöl, Holz, Kakao oder Kaffee in die EU verboten werden soll, wenn diese Produkte zur Entwaldung beitragen und die biologische Vielfalt gefährden.

D. Europa sozialer gestalten

Die französische Ratspräsidentschaft möchte die **kollektive Fähigkeit stärken, den Arbeitnehmern qualitativ hochwertige, qualifizierte und besser bezahlte Arbeitsplätze zu bieten**, um die Schwächsten vor *Sozial-Dumping* zu schützen.

Zu diesem Zweck möchte sie zunächst die geplante Mindestlohnrichtlinie voranbringen, um alle Geringverdiener durch einen angemessenen Mindestlohn nach oben zu bringen. Frankreich wird sich auch für die **Gleichstellung von Frauen und Männern** einsetzen, indem es die **Richtlinie zur Lohntransparenz** vorantreibt. Diese soll dank der EU-Texte für **Quoten in Aufsichtsräten** und der Einführung einer europaweiten **Sorgfaltspflicht für Unternehmen** die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern beseitigen.

III. Ein menschlicheres Europa, das die Erwartungen seiner Bürger erfüllt

A. Neuaufbau Europas auf der Grundlage der Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas

Die Arbeiten der **Konferenz zur Zukunft Europas** enden im Mai 2022 und geben einen neuen Elan zu einem einfacheren und demokratischeren Europa, das seine Bürger besser einbindet und möglicherweise zu einer Neufassung der Verträge führt.

In Frankreich hat die Regierung zwei Verfahren eingesetzt. In allen Regionen, im Mutterland und in Übersee, wurden 18 Konferenzen mit nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgern veranstaltet und eine breit angelegte Online-Befragung von 50.000 jungen Franzosen durchgeführt. Der Abschlussbeitrag dieser nationalen Debatten wurde der Regierung Ende November 2021 vorgelegt und zählt zu den Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft.

B. Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und der europäischen Werte

Der Präsident der Republik erklärte, er wolle „im Hinblick auf unsere Werten unnachgiebig sein“, da sie nicht verhandelbar, existenziell und die Grundlage der Verträge sind. In diesem Sinne wird die französische Ratspräsidentschaft die Rechtsstaatlichkeit und die europäischen Werte nicht nur mit **Sanktionen**, sondern auch mit **begleitenden Maßnahmen verteidigen**.

Sie wird die Einführung einer **Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus**, die die Liste der europäischen Straftatbestände auf Hassverbrechen

und Hassreden erweitert, sowie **Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** unterstützen.

Die französische Ratspräsidentschaft möchte darüber hinaus einen **europäischen Fonds zur Unterstützung des unabhängigen und investigativen Journalismus** einrichten.

Schließlich möchte sie die europäische Kultur fördern und einen akademischen Rahmen aufbauen, der es ermöglicht, eine große **unabhängige Arbeit über die europäische Geschichte** in Angriff zu nehmen, die von einem unabhängigen Gremium vorbereitet und im Juni 2022 gestartet wird. Im Juni 2022 soll auch ein Treffen von 40 europäischen Universitäten stattfinden. Die französische Ratspräsidentschaft wird außerdem die Gründung einer „**Europa-Akademie**“ mit etwa 100 Intellektuellen aus den 27 Mitgliedstaaten aus allen Disziplinen unterstützen, die es ermöglicht, die europäische Debatte zur Ausarbeitung einer europäischen Geschichte und Geschichtsschreibung zu beleuchten.

C. Das Europa der Kultur mit Leben erfüllen

Ein ehrgeiziges **kulturelles und künstlerisches Programm**, das vom Kulturministerium und dem Institut français getragen wird, wurde mit einer ganzen Reihe von Initiativen für die europäische Jugend konzipiert.

Während der französischen Ratspräsidentschaft werden mehrere starke kulturelle Initiativen gestartet, an denen Länder, Regionen und Städte freiwillig teilnehmen. Diese Initiativen werden den Zugang zu Opernhäusern, Museen und Kunstwerken ausbauen und unser gemeinsames Bewusstsein durch virtuelle Organisationen stärken.

D. Das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend machen

Das Jahr 2022 wird ein Jahr der Jugend sein. Nach der Erweiterung des Erasmus-Programms auf Auszubildende schlägt die französische Ratspräsidentschaft einen **sechsmonatigen europäischen Bürgerdienst** vor, der allen jungen Menschen unter 25 Jahren für einen Universitäts- oder Lehraustausch, ein Praktikum oder eine Vereinsaktion offensteht.